

Berliner Tageblatt



Nr. 312

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 4. Juli 1923

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Bei der morgigen Urteilsverkündung

Militärischer Schutz für die Don-Richter

Die Schlussworte der Angeklagten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

MOSKAU, 4. Juli.

Der Vorsitzende schloss gestern die 44. und letzte Sitzung des Schachty-Prozesses. Er teilte dabei mit, dass das Gericht das Urteil am Donnerstag früh zu verkünden beabsichtige. Während der Beratung würden die Türen geschlossen und von Soldaten bewacht sein.

Am Schluss hatten noch die drei Deutschen gesprochen. Badschieber erklärte in zwei Sätzen, er sei ein „unbewusstes Opfer der deutschen Ingenieure“. Otto und Meier sprachen nur einen Satz, in dem sie ihre Unschuld betonten. Von den russischen Angeklagten war besonders ein Druckskovoll das Schlusswort Gorletskis, eines der bedeutendsten Grubeningenieure Russlands. Dieser sagte zu Krylenko, wenn er seiner Hinrichtung beizuhelfen wolle, werde er auch da sagen, er sei unschuldig. Simanowski erklärte u. a., es sei nur von seinen Verleumdungen die Rede gewesen, diese aber machten nur einen kleinen Teil seines Lebens aus. Wenn die Waggons voll Kohle, die durch

seine Hand gegangen seien, nebeneinandergestellt würden, so würden sie die Strecke von Sebastopol bis Leningrad bedecken. Er habe nie an eine Verschwörung geglaubt, obgleich er an ihr teilgenommen habe. Er sei durch unglückliche Umstände in sie geraten. Diese Worte passen auf viele Angeklagte. Imentow, der Fünfundsechzigjährige, der in dem sogenannten Moskauer „Zentrum“ tätig gewesen sein soll, sprach anfänglich mit gewissem Humor. Er bestritt ebenso wie Kusma, dass die Anklage, die überaus vorsichtig mit dem „Behaupten“ umgegangen sei, ihm irgendeinen Widerspruch nachgewiesen habe. Er erinnerte an den zaristischen Bely-Prozess. Erregtes Gelächter entstand in der Saale, als er sagte, es falle ihm schwer, vor diesem Kreis als gläubiger beim Andenken an seine Eltern zu schwören, dass er völlig unschuldig sei. Vieles sei in diesem Prozess offenbar mit Licht von der Anklage und Verleumdung. Es werde sich ein neuer Zola finden, der diesen Prozess dem ganzen russischen Volk schildern und sagen werde: „accuse.“

(Siehe auch Seite 4.)

Beginn der Reichstagsdebatte über die Regierungserklärung.

Im Reichstage begann heute vor vollbesetztem Hause die Aussprache über das Programm des neuen Kabinetts, dessen Mitglieder wieder vollzählig zur Stelle waren. Ein kurzes Vorspiel hatten die Nationalsozialisten inszeniert, die sich bitter beklagten, dass sie mit ihrem Redebedürfnis nicht auf ihre Kosten kommen.

Dann nahm

Dr. Breischeid,

der neue Fraktionsführer der Sozialdemokraten, als erster Redner das Wort. Er sprach wirksam nach der formellen Seite, geschickt und massvoll nach der sachlichen. Zwischenrufe der Kommunisten nimmt er geschickt auf. Seine Partei, erklärt er, betrachte das Parlament nicht als eine Tribüne für sozialistische Propaganda, sondern als Stätte der Arbeit. Gewiss hätten die Sozialdemokraten einzelne Formulierungen des Regierungsprogramms klarer und schärfer gewünscht; aber sie erkennen

die Grenzen an, die durch die Koalitionsrückseiten gezogen sind, und werden loyal und energisch mitarbeiten, um zu verwirklichen, was das deutsche Volk am 20. Mai kundgetan hat.

Dann trat

Graf Westarp

als erster Sprecher der neuen Opposition die Tribüne. Seine Aufgabe, an dieser Regierungserklärung Kritik zu üben, bereitete ihm sichtlich Verlegenheit. Die Deutschnationalen sind enttäuscht. Sie haben die ganze Zeit über prophezeit, dass ein

hemmungsloser Marxismus zum Schaden des Reiches walten werde, und von dieser Gefahr ist nun in der Regierungserklärung wenig zu spüren. Westarp fröstelte sich und die Seinen damit, dass er diese Regierung mit einer Sommerbühne verglich, deren Leistungen niemand ernst nehme — und ironisch schlug er vor, die gestrige Kanzlerrede nach französischem Muster durch Auslag im ganzen Lande zu verbreiten, damit die „Genossen“ sehen, wie Müller als Reichskanzler reden könne über die Not der Landwirtschaft, und wie er schweige über die Internationale. Nach Westarps Auffassung ist das deutsche Volk durch den Wahlausfall wieder in die Zeit vor 1924 zurückgeschleudert. Er hat insofern recht, als vor 1924 in der Reichsregierung das unehrliche Spiel mit der Staatsform allerdings unmöglich war, wie es unter deutschnationaler Vorherrschaft in den letzten Jahren betrieben werden konnte. Gelegentlich erinnerten ihn Zwischenrufe an die „Richtlinien“, in denen sich die Deutschnationale Volkspartei zur republikanischen Staatsform bekannte. Gegen diese unbehaglichen Mahnungen ist Westarp noch heute so empfindlich, dass er in seiner Abwehr zur plumpen Grobheit greifen muss.

Auf Westarp folgte als

Sprecher der Zentrumsparlei

nicht, wie man noch gestern erwarten musste, der Fraktionsführer Dr. Slegewald, sondern der Abgeordnete Dr. Perlitius, dem zum erstenmal eine so wichtige Aufgabe übertragen wird. (Reichstagsbericht auf Seite 3.)

Die Kleine Entente und wir.

Von unserem Korrespondenten

Dr. J. Schmerz.

BUKAREST, Ende Juni.

Die Konferenz der Kleinen Entente ist mit einer lautstarken Programmklärung auseinander gegangen. Eine Erklärung, die erneut bewies, dass die Kleine Entente auch heute weiter nichts ist als ein Zweckgebilde begrenztster Art, ein Verband von Staaten, der unter Frankreichs Führung den gegenwärtigen mitteleuropäischen status quo unter allen Umständen verewigen soll und will. Vielleicht wäre diese Resolution nicht einmal so scharf ausgefallen, hätten nicht die Regisseure am Quai d'Orsay dafür gesorgt, dass der neuernannte französische Gesandte in Bukarest wenige Tage vor der Konferenz eintraf und sein Beglaubigungsschreiben am gleichen Donnerstag überreichte, dessen Abendstunden jene Resolution brachten. Die Schüsse von Belgrad, die hier ungeheuren Eindruck machten, haben deutlich gezeigt, wie weit es mit dem Vermögen der Kleinen Entente her ist, aus eigener Kraft, wie Benesch es nennt, „synthetische Politik“ zu treiben.

Man will es trotzdem und versucht es also. Bei einem Frühstück, das die Bukarester Presse ihrer Prager und Belgrader Kollegen gab, erhob ein anwesender witziger Franzose (Deutsche, Italiener, Ungarn sind selbstverständlich ferngeblieben) sein Glas auf Lord Rothermere, den er den Neuschöpfer der Kleinen Entente nannte. Der Mann hat recht, in gewissem Sinne, er könnte aus der Schule Pertinax' kommen. Nichts ist für die Kleine Entente charakteristischer als ihre Entwicklung in den letzten drei Jahren. In Bled 1920 vollkommene Oede. Knapp vorher hat Nintschitsch den Vertrag mit Italien geschlossen, kurz darauf schloss Rumänien (damals Averescu) seinen Vertrag mit Italien, der bekanntlich zur Ratifizierung des bessarabischen Protokolls durch die römische Regierung führte. In Bled vollzog sich eine Art Ritual, man sprach natürlich auch von Ungarn, aber mit einer Art schadenfrohen Mitleids. 1927 in Joachimthal wird es schon etwas lebendiger, wenige Monate vorher hat Mussolini den Vertrag mit Ungarn abgeschlossen. Sturm der Entrüstung in Bukarest, alles trägt was will, wohin geht Italien? Benesch tritt zum erstenmal, wenn auch nicht unerwartet, mit seinen Wirtschaftsplänen hervor. Die notleidende Industrie der Tschechoslowakei hat offenbar vorher ein gewichtiges Wort gesprochen. Benesch ergreift die Gelegenheit, um seine Pläne einer „synthetischen Politik“ zu verwickeln und seiner Industrie zu helfen. Unter dem Titel der wirtschaftlichen Organisation Mitteleuropas will er dem drückenden Empfinden, welches die Zerschlagung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes entlang der Donau hervorgerufen hat, entgegenkommen.

Auch die Bukarester Konferenz hat einen Beschluss in diesem Sinne gefasst, es soll eine Kommission eingesetzt werden, welche die wirtschaftlichen Beziehungen der drei Staaten der Kleinentente und deren Beziehungen zu anderen unmittelbar interessierten Staaten prüfen soll. Der Wortlaut dieses Beschlusses klingt durchaus nicht hoffnungslos, er lässt alle Türen offen. Wie wird man, um aus der Fülle der Probleme, die sich hier erheben, nur das eine herauszugreifen, die Präferenzzölle erledigen? Die tschechoslowakische Industrie braucht Absatzgebiete, sie hofft diese in den beiden verbündeten Ländern mit vorwiegend agrarischer Struktur zu finden; wie will man jedoch den Wirtschaftsschauvinismus dieser Staaten besiegen, die alles daran setzen, um eine eigene Industrie aus dem Boden zu stampfen und sich aus diesem Grunde mit Zollmauern umgeben, wie sie in gleicher Höhe in Europa nicht mehr zu finden sind? Das Problem wird noch verwickelter, wenn tatsächlich versucht werden sollte, auch Oesterreich und Ungarn heranzuziehen. Zwar soll Benesch die Absicht haben, eine Wirtschaftskonferenz der mitteleuropäischen Staaten entweder selbst einzuberufen, oder doch deren Einberufung anzuregen. Er soll in diesem Zusammenhang auch die Absicht haben, die Hauptstädte aller interessierten Länder zu besuchen. In Berlin war er bereits, gewiss nicht ganz freiwillig. Es scheint jedoch, als ob dieser Besuch im Anfang überschätzt wurde. Zu diesen „interessierten Hauptstädten“ gehören auch Wien und Budapest. Ist die Zeit schon reif, um Benesch einen Besuch in Budapest zu erlauben? Man darf, insbesondere nach der Bukarester Resolution, zweifeln.

Zwar hat Benesch die scharfe Stellungnahme gegen eine „übertriebene Auslegung“ des Artikels 19 des Völkerbündnisses Titulescu und Marinkowitsch überlassen; er selbst hat sich damit begnügt, die Frage des Anschlusses als nichtbestehend und für lange Zeit als nicht aktuell zu bezeichnen. Schlägt aber diese Bagatelisierung der An-

Rücktritt der südslawischen Regierung

Raditsch Haupt einer neuen Koalition?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

BELGRAD, 4. Juli.

Die Klubsitzung der serbischradikalen Regierungspartei beschloss nach zweitägiger Verhandlung im Anschluss an den Bericht des Ministerpräsidenten Wukitschewitsch, an die Bildung einer Koalitionsregierung auf reifer Grundlage heranzutreten. Politische Kreise betrachten diesen Beschluss als Einleitung der Demission der Regierung Wukitschewitsch, die für heute erwartet wird.

Diese Annahme fand noch eine Stütze dadurch, dass auch die zweite Regierungspartei, der Demokratenklub, sich für den Rücktritt der Regierung ausgesprochen hat. Die Absichten der serbischradikalen dürften auf die Herstellung einer kroatisch-serbischradikalen Koalition, die unter Führung von Raditsch und Pribitschewitsch steht, für eine neue Regierung und damit für die Liquidation der politischen Folgen der blutigen

Ereignisse in der Skupschtina abzielen. Da jedoch der Beschluss der Serbischradikalen gleichzeitig die Notwendigkeit der Weiterarbeit mit der heutigen Skupschtina betont und von Neuwahlen oder gar einer Verfassungsrevision, die von den Kroaten zur Voraussetzung gemacht werden, in dem Beschluss keine Rede ist, dürfte es fraglich sein, ob der Plan der Serbischradikalen richtig ist. Immerhin kann man sagen, dass allein schon der Rücktritt der Regierung Wukitschewitsch geeignet wäre, die dumpfe Spannung der letzten Wochen zwischen Belgrad und Agram wenigstens etwas zu beheben. Es verläutet übrigens, Finanzminister Markowitsch habe bereits vor kurzer Zeit seine Demission unterbreitet, weil angeblich die Verhandlungen über die Auslandsanleihe vorläufig gescheitert seien. Da Raditschs Gesundheitsfortschritt — er machte gestern bereits die ersten Gehversuche —, und die Aerzte anscheinend damit einverstanden sind, ihm bereits in acht Tagen die Uebersiedlung nach Agram zu gestatten, so dürfte Raditsch imstande sein, an den Verhandlungen über die Regierungsneubildung aktiv teilzunehmen.